



Berliner Mieterverein

Landesverband Berlin im Deutschen Mieterbund

An
Presse
Rundfunk
Fernsehen

Geschäftsführung

Sebastian Bartels
Wibke Werner

Pressetelefon (030) 2 26 26 - 119

Pressetelefon - bitte nicht veröffentlichen

Telefax - Durchwahl: (030) 2 26 26 - 162

www.berliner-mieterverein.de
bmv@berliner-mieterverein.de

Datum: 11. November 2025

Pressemitteilung Nr. 49/25

Bündnis Wohnungsnot durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigung stoppen! Bundesweite Konferenz gegen Verdrängung fordert entschlossenes Handeln der Bundesregierung

Knapp **400 Mieter:innen, Baustadträt:innen, Landes- und Bundespolitiker:innen sowie Vertreter:innen zahlreicher Initiativen und Mietervereine** aus dem gesamten Bundesgebiet kommen am **Freitag, den 14. November in Berlin** in der Skatehalle auf dem Friedrichshainer RAW-Gelände zur **Konferenz des Bündnisprojekts *Wohnungsnot stoppen!*** zusammen.

„Während die Bundesregierung über Neubauziele und Stadtbilder diskutiert, verlieren täglich Menschen ihr Zuhause durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen“, sagt Sebastian Bartels, Geschäftsführer im Berliner Mieterverein und Sprecher bei der Konferenz „Wir brauchen endlich die notwendigen Reformen, die Mieter:innen wirksam schützen und die das Wohnen als Grundrecht begreifen – nicht als Renditeobjekt.“

Unter dem Titel *„Wohnungsnot durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen stoppen!“* steht der Tag im Zeichen des gemeinsamen, bundesweiten Engagements gegen die zunehmende **Verdrängung in den Städten**. Der Berliner Mieterverein gehört zu den **gründenden Mitgliedern** des Bündnisses und zählt zu den Organisator:innen der Konferenz.

Prominente Sprecher:innen

Eröffnet wird die Konferenz von Christian Gäbler, Berliner Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, sowie Lara Schulschenk, Soziologin und Buchautorin („Verdrängt in der Krise?“), die in ihren Keynotes über Probleme und soziale Polarisierung auf den Wohnungsmärkten sprechen werden. Sie bilden den Auftakt zu einem vielfältigen Austausch von Praxis, Forschung und Politik.

„Wir freuen uns, dass viele Gäste aus anderen Städten wie Düsseldorf, Köln, Hamburg und Frankfurt anreisen und wir fast 400 Anmeldungen für die Konferenz haben“, sagt Bartels. „Das ist ein dringendes Zeichen für die Missstände, die auf vielen städtischen Wohnungsmärkten vorherrschen. Die vermehrten Eigenbedarfskündigungen sind dabei dramatische Symptome für die vorausgegangenen Umwandlungen in Eigentumswohnungen.“

Fachforen zu zentralen Brennpunkten der Wohnungspolitik

In mehreren parallelen **Fachforen** werden die drängendsten Themen der aktuellen Wohnungskrise beleuchtet:

- **Fachforum 1:** *„Umwandlung stoppen – Schutz von Mietwohnungen sichern“*
- **Fachforum 2:** *„Eigenbedarfskündigungen begrenzen – Recht auf Wohnen stärken“*
- **Fachforum 3:** *„Kommunale Verantwortung und Handlungsspielräume“*
- **Fachforum 4:** *„Soziale Stadtentwicklung und Mieter:innenorganisation“*



Kostenlose Beratungen

Die Ergebnisse der Foren fließen in das **große Aktionsforum** am Nachmittag ein, in dem der **Vernetzungs- und Organisierungsgedanke** des Bündnisses im Mittelpunkt steht. Betroffene und Hausgemeinschaften können sich hier von Expertinnen und Experten beraten lassen und sich miteinander vernetzen. Ziel ist es, **bundesweit Kräfte zu bündeln**, gemeinsame Strategien zu entwickeln und auch künftig öffentlich und politisch geschlossen aufzutreten.

Forderung an die Bundesregierung

Das Bündnis fordert insbesondere die Bundesregierung auf,

- **Umwandlungsverbote dauerhaft abzusichern,**
- **Eigenbedarfskündigungen einzuschränken,**
- und **Mieterschutzrechte insgesamt zu stärken**, um die Verdrängungsdynamik in den Städten endlich zu stoppen.

Wir laden alle Vertreter:innen der Hauptstadtpresse zur Konferenz ein. Wir bitten um Voranmeldung bei Franziska Schulte, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BMV per Mail an schulte@berliner-mieterverein.de.

Über das Bündnis *Wohnungsnot stoppen!*

Das Bündnis *Wohnungsnot stoppen!* ist ein Zusammenschluss aus Baustadträten, Mietervereinen, stadtpolitischen Initiativen, Sozialverbänden, Gewerkschaften und Einzelpersonen, die sich für eine **soziale, gerechte und gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik** einsetzen. Gemeinsam fordern sie eine klare Wende in der Wohnungs- und Bodenpolitik – weg von Spekulation und Privatisierung, hin zu dauerhaft gesichertem, bezahlbarem Wohnraum mit Gemeinwohlorientierung.

Weitere Informationen, das vollständige Programm und die Sprecher:innenliste unter:

<https://www.wohnungsnot-stoppen.de/konferenz/sprecher/>